

Brauner Schulterchluss

Für den 17.10.2015 kündigte die selbsternannte „Alternative für Deutschland“, kurz „AfD“, eine sogenannte Großdemonstration gegen die aktuelle Asylpolitik in Rostock an. Dies sollte allerdings nicht unwidersprochen hingenommen werden und so wurden durch das Bündnis „Rostock nazifrei“ und die Geflüchteteninitiative „Rostock hilft“ zeitnah Gegenveranstaltungen angemeldet. Diese nahmen in Form einer Solidaritätskundgebung mit den Geflüchteten auf dem Neuen Markt, sowie einer interreligiösen Andacht in der Marienkirche Gestalt an. Neben dem Intendanten des Volkstheaters, Sewan Latchinian, und vielen weiteren Rednerinnen und Rednern, kam auch eine Gruppe Geflüchteter aus der Unterkunft Waldeck zu Wort. Diese schilderten ihre bedrückende Situation sehr eindrucksvoll und sorgten damit vermutlich bei vielen Anwesenden für eine Gänsehaut. Im Anschluss an die Veranstaltungen auf dem Neuen Markt, an denen rund 1.000 Personen teilnahmen, formierte sich eine

Spontandemonstration zum Hauptbahnhof, wo der Demonstrationzug der sogenannten „AfD“ mit einer Kundgebung starten sollte. Allerdings war auf Höhe der Kreuzung Hermannstraße/ Rosa-Luxemburg-Straße Schluss für den demokratischen Demonstrationzug und man versuchte nun von dort aus lautstark den Unmut über die Veranstaltung der „AfD“ zum Ausdruck zu bringen. Nachdem sich der „AfD“-Demonstrationzug mit knapp

zu machen. Dort angekommen zeigte sich bereits eine sehr angespannte Szenerie, in deren Folge aus der „AfD“-Veranstaltung von augenscheinlich stark alkoholisierten Neonazis und anderen Rassisten zunächst Flaschen und Feuerwerkskörper – später auch Steine – auf die Gegendemonstrierenden geworfen wurden. Hier und während der gesamten restlichen Veranstaltung wurden zahlreiche Personen aus der „AfD“-Demonstration durch die Polizei in Gewahrsam genommen. Doch wer dachte, die Stimmung beruhige sich nach Ende der Veranstaltung am Hauptbahnhof, sollte eines besseren belehrt werden. So bestätigten Augenzeugen ein sehr aggressives Auftreten der Rassisten und Rassisten, die sowohl Geflüchtete als auch die Aktivistinnen und



1.000 bis 1.500 Personen (offizielle Stellen sprachen von 1.800 Teilnehmenden) Richtung Goetheplatz in Bewegung gesetzt hatte, entschlossen sich auch zahlreiche Antifaschistinnen und Antifaschisten, sich auf den Weg zum selbigen Ort

Aktivisten von „Rostock hilft“ angespuckt, beleidigt, körperlich bedrängt und sogar angegangen haben sollen, wobei die Polizei wohl gleichzeitig sehr zurückhaltend agiert hat. *Fortsetzung auf S. 3 unten*



Dorothee Brandt konnte Spendengelder übergeben
Mehr dazu auf Seite 2



250.000 Menschen demonstrierten in Berlin gegen TTIP und CETA
Mehr dazu auf Seite 8



Der SDS war auch in diesem Jahr auf dem Campstag der Uni Rostock aktiv
Mehr dazu auf Seite 10

In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Spenden übergeben
■ Seite 3: Gegen rechte Hetze
Seite 4: Rechte Gewalt
Seite 4: Tag älterer Menschen
Seite 5/6: Interview
Seite 6/7: Plattdeutsches
Seite 8: Protest in Berlin

Seite 9: Werner Pade zum 75.
Seite 10: Campstag
Seite 11: Wohnungspolitik
Seite 12: Erich Hillert
Seite 13: 25 Jahre M-V
Seite 14: Reise nach Straßburg
Seite 16: Landesbauordnung

Liebe Leserinnen und Leser, die Gesellschaft ist in Aufruhr. Viele Menschen lehnen sich auf gegen die Regierung und gegen die Medien, die sich selber allzu oft zum Sprachrohr der Herrschenden degradieren lassen. Die Menschen finden sich nicht länger damit ab, dass ihre Stimme nicht gehört wird. Sie sind aus ihrer Lethargie erwacht und tragen ihren Unmut auf die Straße. Davon haben wir als LINKE lange geträumt. Aber dass der braune Mob Träger dieses Protestes ist, das haben wir uns wohl nicht träumen lassen. Dass gegen die Schwächsten gehetzt und getreten wird, nämlich gegen die Flüchtlinge, anstatt die wahren Ursachen für Missstände bei uns und anderswo aufzudecken und anzuprangern. Letzteres bleibt also unsere Aufgabe.

Zum Glück gibt es auch in Rostock und im Landkreis viele Menschen, die sich AfD & Co. in den Weg stellen. Haltet Augen und Ohren offen, denn Gelegenheit zum Widerstand (auch ein Wort, das in diesen Tagen oft missbraucht wird) gibt es immer wieder. Zum Beispiel am 14.11. vor dem Rostocker Rathaus, wo wir mit einer Menschenkette unsere Solidarität mit den Flüchtlingen zeigen wollen. Eine Übersicht über rechte Veranstaltungen findet Ihr un-

KLARTEXT online

Heidrun Bluhm: Verkehrsfinanzierung für M-V bleibt ungeklärt



Auch die jüngste Sitzung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat brachte keine Entscheidung. Damit bleibt die zukünftige Verteilung der Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs weiter ungeklärt. Lediglich die Gesamthöhe der Mittel ist mit bundesweit 8 Mrd. Euro klar. Diese Summe soll ab 2017 jährlich um 1,8 Prozent steigen. Die Vorsitzende des Landesverbandes der LINKEN in Meck-

ter <http://ino.blogspot.de/naziaufmarsche/>. Vielen Dank an Nico Burmeister für diesen Hinweis. Die Berichterstattung über die „Flüchtlingskrise“ (was für ein blödes Wort), nimmt in dieser KLARTEXT-Ausgabe breiten Raum ein. Eva hat Recht, wenn sie schreibt, dass wir viel mehr miteinander reden müssen. Wenn es Ängste und Sorgen gibt, kann man sie den Menschen nehmen.

Aber es gibt einen Hoffnungsschimmer. Wenn in Berlin 250.000 Menschen auf die Straße gehen, um gegen das Freihandelsabkommen TTIP und den Ausverkauf der Demokratie an die Konzerne zu demonstrieren (siehe Seite 8), dann macht es Mut. Wie wäre es, wenn die Menschen auch gegen steigende Mieten und für bezahlbares Wohnen (ein Grundrecht!) auf die Straße gingen (siehe die Seiten 11 und 16)? Vielleicht schaffen es Saha und Dietmar – unsere beiden Neuen an der Spitze der Bundestagsfraktion – die Menschen aufzurütteln (siehe das Interview auf den Seiten 5 und 6). Wir wünschen Ihnen jedenfalls viel Erfolg!

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

lenburg-Vorpommern und Mitglied des Deutschen Bundestages, Heidrun Bluhm erklärt hierzu: „Die Trickserie vom Bundesfinanzminister, die Bahnzuschüsse in die Verhandlungen zum Asylpaket zu mogeln ist aufgegangen. Entgegen des ursprünglichen Beschlusses der Bundesländer 8,5 Mrd. Euro zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs einzufordern, stehen nun nur noch 8 Mrd. Euro für 2016 bereit. Für Mecklenburg-Vorpommern verheißt dies nichts Gutes. Setzen sich die großen und bevölkerungsreichen Bundesländer in den Verhandlungen zur Aufteilung der 8. Mrd. Euro durch, fehlen Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030 über 250 Millionen Euro. Die bevölkerungsreichen Bundesländer müssen einsehen, dass auch die Menschen im ländlichen Raum einen Anspruch auf Mobilität haben. DIE LINKE wird die Regierungsparteien in Schwerin und Berlin nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, für einen fairen Interessenausgleich zu sorgen. Scheitern sie, müssen sich SPD und CDU den Vorwurf gefallen lassen der Totengräber des Regionalverkehrs in M-V zu sein.“

Spendenübergabe nach der Charity-Gala im Rostocker Rathaus

Nach Dorothee Barndts Charity-Veranstaltung im Rathaus konnten am 30.9. im Tierheim Schläge – auch dank Unterstützung der Wiro – Spenden an den Tierschutz und an das Frauenhaus übergeben werden. Horst Schilke sorgte für die musikalische Umrahmung. Allein der Tierschutz erhielt über 500 Euro, dazu gab es Sachspenden von Eurawasser, RSAG und dem Bäcker Kadatz. Der Apotheker Herr Pudimat von der Aesculap Apotheke spendete 100 Euro. Dem Frauenhaus konnten so 250 Euro übergeben werden, eigentlich zusätzlich, da das Frauenhaus im April auch schon eine Spende erhalten hatte. Dorothee möchte sich auch bei Regine Lück für die Übernahme der Gema-Gebühr sowie bei der Buchhandlung im Doberaner Hof für den Kartenvorverkauf bedanken.

Mit Unterstützung des Toom-Baumarktes übergab Dorothee für das Gelände des Tierheims Heidepflanzen; darüber hinaus bekam der Verein einen Apfelbaum und eine Himalaya-Birke.

Auch von Bäcker Kadatz aus Neubrandenburg gab es wiederholt wie schon vorab zum Tierheimfest im August eine Kuchen spende. Von einer Firma aus Bremen kamen Sachspenden als Unterstützung für die Partnerstadt Rostock. Dorothee bedankt sich auch bei Carsten Loll vom Carlo 615 im Stadthafen, der wieder das Catering für die Veranstaltung im Rathaus-Festsaal gespendet hatte. Ein großes Dankeschön auch an den Tenor Peter Müller; mit ihm und dem Duo Belcanto gibt es im Frühjahr wieder ein Charity-Programm, um Vereine und Bedürftige zu unterstützen.



Rotfeder und das Meer, das kein Spaßbad ist

Der verstorbene Rostocker Grafiker Armin Münch, von dem gerade Bilder auf dem Traditionsschiff gezeigt werden, kam in seinen Ausstellungen mit Grafiken von „Meermenschen“ oft mit seinen Besuchern ins Gespräch. Dabei erhob er seine Stimme und warnte: „Das Meer, das Meer – das Meer ist kein Spaßbad!“ Daran muss ich kleines norddeutsches Fischlein immer denken, wenn ich in salzigen europäischen Gewässern schwimme.

Im Mittelmeer versuchen verzweifelte Menschen mit im Supermarkt gekauften Plastikbooten und anderen mehr oder weniger geeigneten Schwimmhilfen über das Meer zu gelangen. Viele zahlen hohe Beiträge an Fluchthelfer. Nicht wenige ertrinken. Mir geht durch den Kopf: „Die Flucht, die Flucht – die Flucht ist keine Urlaubsreise!“ Diese Menschen machen das nicht aus Jux und Tollerei. Diese Menschen sind in Not. Viele haben keine Perspektive und nur eine Chance: die Flucht.

Nach wie vor verkauft Deutschland Waffen

in Krisengebiete. Der Regierungssprecher beschönigt das zwar, wenn er sinngemäß sagt, dass das kein Problem sei, weil die Leute in Katar die Panzer ja gar nicht bedienen könnten. Aber unser Wohlstand und die Not der Flüchtlinge basieren auch auf diesen verheerenden unmoralischen Exporten.

Nach wie vor unterstützt die Merkel-Regierung die destruktive Außenpolitik der USA, die ganze Staaten destabilisiert, Regierungen stürzt und doch durch nichts anderes als Chaos ersetzt. Dadurch sind wir mit schuld an den Kriegen vor unserer Haustür geworden.

Als Ausweg ist dieser Regierung bisher nur Abschottung eingefallen. Andere sollen uns vor den Konsequenzen bewahren. Außen sollen die Grenzen dicht gemacht werden. Andere sollen den Flüchtlingszustrom nach Deutschland verhindern. Aber diese Politik ist gescheitert. Sie ist ein Trauerspiel. Die Regierung muss endlich Gesetze, Verordnungen und Regelungen treffen, die

der Realität standhalten und nicht nur dem Machterhalt dienen oder der Klientel gefallen wie die Ausländermaut, die Vorratsdatenspeicherung, das Erziehungsgeld, die Asylpolitik usw.

Zu Tausenden machen sich alternativlose Menschen auf den Weg nach Norden, weil die angeblich alternativlose Merkel-Politik Deutschlands ihr Land zuerst in den Krieg gestürzt hatte und dann wegen der Kürzungen der Hilfen an die Flüchtlings-Hilfsorganisationen ihr Überleben in Heimatnähe in Frage gestellt hat.

Wir müssen die Verantwortung tragen und helfen.

Das meint eure Rotfeder



Brauner Schulterchluss in Rostock - Fortsetzung

Schaut man nun einmal auf das Publikum der „AfD“-Veranstaltung, wundern derartige Vorkommnisse leider nicht. So marschierten an diesem Tag die sogenannten „besorgten Bürger“ zusammen mit „AfD“-Kreisvorsitzendem Holger Arppe (verurteilter Volksverhetzer), David Petereit („NPD-Spitzenkader“, Landtagsabgeordneter und ebenfalls wegen Volksverhetzung verurteilt), Thomas Nowak („Nationale Sozialisten Rostock“) und weiteren szenebekanntem Rechtsradikalen. Dies alles geschah ohne eine glaubhafte Distanzierung seitens der „AfD“, womit sie einmal mehr die Maske hat fallen lassen und deutlich gemacht hat, was sie wirklich ist: eine nationalchauvinistische und rassistische Partei, der jedes Mittel recht ist, um die Stimmung gegen Geflüchtete in diesem Land zu schüren.

Phillip Bock



Brief an besorgte BürgerInnen

Wenn wir nicht reden, eskalieren wir.

Man kann mit Blick auf die ankommenden Flüchtlinge und potentiellen AsylbewerberInnen verschiedene Gedanken haben. Auf jeden Fall sollten sie immer respektvoll, fundiert und selbstkritisch geäußert werden. Nicht jedes bloße Gefühl hat ein Recht darauf, einfach so aus uns heraus zu poltern. Das gilt übrigens für alle Seiten von MeinungsinhaberInnen.

Haben wir nicht gelernt, miteinander zu sprechen? Bringen wir nicht unseren Kindern bei, erst zu denken und dann zu reden? Auch wenn sie wütend, neidisch oder enttäuscht sind?

Die Regeln unseres Miteinanders werden durch unser Grundgesetz und andere rechtliche sowie gesellschaftliche (auch religiöse) und moralische Normen festgelegt. Innerhalb dieser Ordnung entsteht

Reibung, so erleben wir es jeden Tag, in vielerlei Hinsicht - mit unseren Angehörigen, Freunden, Arbeitskollegen oder Nachbarn. Wir sind geübt, wenn es um's Streiten geht, wenn wir uns die Meinung sagen und unsere Ordnung auslegen, bzw. interpretieren.

Doch die sich neu auftuende Reibungsfläche stellt uns vor bisher unbekannte Aufgaben: Wir müssen einen Teil unserer Regeln erweitern, womöglich auch verändern. Es stellt sich das unangenehme Gefühl ein, dass sich etwas ändern wird und Veränderungen mögen wir oft nicht. Was sollen wir nun tun?

Wir werden noch mehr miteinander reden müssen, denn ein sich gegenseitiges Ausschließen würde aus der neuen Reibungsfläche ein sehr schmerzhaftes, dauerhaftes Aufeinandertreffen machen.

Das heißt: Je ausschließlicher Akteure sich äußern, desto radikaler werden die sich gegenüber stehenden Auffassungen. Die Reibungsfläche ist dann fast unnützlich, da

sie sich in dauerhafte Konfrontationen verwandelt. Zwischen manchen Akteuren ist dieser immerwährende Gegensatz schon unüberwindbar, z.B. zwischen Rechtsextremen und jenen, die sie konsequent ablehnen. Als LINKE werde auch ich immer gegen Neo-Nazis aufstehen, weil ihre Motive menschenfeindlich sind. Doch diese Gruppe ist im Vergleich zu der so genannten „tatsächlich besorgten Menge“ gering. Nicht alle wollen die Herrenrasse bilden und notfalls auch mit Waffen auf Moslems losgehen. Aber „alle“ müssen eben auch aufpassen, mit wem sie auf der Straße ihre Meinung äußern.

Mit Blick auf die große Menge ist es als Politikerin also meine Aufgabe, produktive Reibungsflächen zu ermöglichen. Es ist meine Aufgabe, Gespräche zu führen, zu initiieren und Menschen zusammen zu bringen. Ich werde mit euch reden, ohne euch zu überreden.

Aber gut wird es uns nur gehen, wenn ihr auch reden wollt.

Eva-Maria Kröger



Massiver Anstieg rechter Gewalt in M-V

Die Beratungsstelle für Betroffene Rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern, LOBBI, hat für die vergangenen Monate eine massive Zunahme rechter Gewalttaten festgestellt. Seit Beginn des Jahres hat der Verein 98 Angriffe registriert - im gesamten Jahr 2014 waren es 81. Vor allem rassistische Angriffe haben seit Juli dramatisch zugenommen. Statistisch gesehen kam es 2015 bisher jeden dritten Tag zu einer rechten Gewalttat.

Waren im ersten Halbjahr bereits zwei Drittel der Angriffe rassistisch motiviert, so sind es seit Juli fast 90 Prozent der registrierten Attacken. Mit nur zwei Ausnahmen richteten sich die weiteren Angriffe gegen Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren. „Es ist davon auszugehen, dass es, zusätzlich zu den 98 uns bekannt gewordenen Fällen, vor allem zu weitaus mehr rassistisch motivierten Gewalttaten gekommen ist“, sagt Robert Schiedewitz, Mitarbeiter der LOBBI. Insbesondere in ländlichen Regionen mit wenig Unterstützungsstrukturen gebe es für die Betroffenen schlechtere Zugänge zu Beratungsangeboten. Außerdem sei davon auszugehen, dass viele der Geflüchteten, die erst kürzlich nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen sind, nicht über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen und zu einge-

schüchtern sind, eine Anzeige zu erstatten oder sich an die LOBBI zu wenden. „Die Sicherheit der Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Diskriminierung geflohen sind, muss oberste Priorität haben. Deshalb ist es dringend notwendig, Sicherheitskonzepte für die derzeitigen Unterbringungslösungen zu entwickeln und konsequent auf Unterstützungs- und Beratungsangebote hinzuweisen. Dazu gehört auch ein Ausbau der Fremdsprachenkompetenzen bei der Polizei.“, so Schiedewitz weiter.

Die Zunahme rechter und rassistischer Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern lässt sich eindeutig in Zusammenhang mit der zunehmenden rassistischen Mobilisierung im Land bringen. Neben der explizit rassistischen Hetze im Internet und auf Flugblättern finden zwischen Elbe und Usedom nahezu täglich rassistische Aufmärsche mit zum Teil erschreckend hohen Teilnehmer_innen-Zahlen statt, die wie ein Katalysator für rechte Angriffe wirken. Selbst im direkten Umfeld dieser Aufmärsche kommt es immer wieder zu Attacken. Zum Beispiel am 25. September in Stralsund, wo während und nach einem Aufmarsch der sogenannten „MV.Patrioten“ - einer Abspaltung der rassistischen „PEGIDA“ in M-V - drei Menschen verletzt wurden. Sowie am vergangenen Wochenende in Rostock; hier haben bei einer Veranstaltung der „Alter-

native für Deutschland (AfD)“ deren Teilnehmer Flaschen und Feuerwerkskörper nach Polizeibeamt_innen und Protestierenden geworfen und versucht, die Polizeiabsperrungen zu durchbrechen. Eine klare Positionierung aus der politischen Sphäre gegen die rassistische Agitation und Aggression fehlt zumeist. Eine konsequente Verurteilung rechter Gewalt und ihrer Vorläufer ist dringend erforderlich.

Auch Einwohnerversammlungen werden häufig Ziel rassistischer Argumentationen. In Sellin auf Rügen und Trassenheide auf Usedom kam es nur wenige Tage nach solchen Versammlungen, auf denen über die Unterbringung von Flüchtlingen informiert werden sollte, zu Brand- und Buttersäureanschlägen auf die als Unterkunft vorgesehenen Objekte - in Trassenheide benutzten die Täter_innen dazu sogenannte Molotov-Cocktails. In Boizenburg brannte eine geplante Flüchtlingsunterkunft nach einem Brandanschlag vollständig aus.

Weniger schwerwiegende Angriffe auf Unterkünfte von Flüchtlingen oder andere Sachbeschädigungen, sowie Beleidigungen und Einschüchterungsversuche mit rechter Tatmotivation sind in dieser Statistik nicht erfasst. Die Dunkelziffer in diesem Bereich ist deutlich höher einzuschätzen.

Quelle: LOBBI vom 21.10.2015

Erster Oktober - Tag der älteren Menschen

1990 hat die UNO beschlossen, den 1. Oktober international den älteren Menschen zu widmen. Damit wird anerkannt, dass ältere Menschen ein Anrecht auf ein eigenständiges, selbstbestimmtes und sozial gesichertes Leben in der Gesellschaft besitzen. In diesem Jahr jährte sich dieser Tag zum 25. Mal. Aus diesem Grunde organisierte der Ortsverband der VdK mit den Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock auf dem Universitätsplatz eine Informationsveranstaltung mit andere Seniorenverbänden.

Auch wir von der AG Seniorenpolitik - HRO waren dort von 11.00 - 15.00 Uhr mit einem Stand vertreten. Diesen Stand konnten wir mit aktiver Hilfe des Kreisvorstandes betreiben. Wir bedanken uns insbesondere bei Eva-Maria Kröger, Andreas Reinke und der Praktikantin Marie und dem Genossen Karsten Kolbe.

Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger besuchten unseren Stand. Sie suchten das Gespräch mit uns und erhiel-

ten dann Informationsmaterial, wie wir als LINKE die Rentenpolitik der Bundesregierung beurteilen und welche konkreten Vorschläge wir dazu haben. Es wurde von uns hervorgehoben, dass

die Generationengerechtigkeit nicht nur Sicherung und Weitergabe materieller Güter, sondern auch für uns ältere Menschen die Anerkennung einer veränderten, sozialpolitischen

Rolle in den Städten und Gemeinden sowie auch in der gesamten Gesellschaft bedarf.

Ein wichtiges Thema war auch die Anpassung der Rentenwerte Ost an West. Viele Besucher an unserem Stand äußerten sich skeptisch und meinten, sie würden so eine Annäherung wohl nicht mehr erleben. Von einer Rentnerin wurden wir als LINKE aufgefordert, uns intensiv um eine Erhöhung der Grundsicherung einzusetzen. Sie erhält die Grundsicherung und muss immer mehr auf alles verzichten, was das Leben lebenswert macht.

Der Stand auf dem Universitätsplatz wurde von den Mitgliedern der AG Seniorenpolitik - HRO Hartmut Jensen, K-L. Spengler und Horst Döring sowie über den ganzen Zeitraum von der Praktikantin Marie besetzt.

*Vorsitzender der AG Seniorenpolitik-HRO
Karl-Ludwig Spengler*



Interview mit Sahra und Dietmar: Die Menschen von einer besseren Politik überzeugen

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, die beiden frisch gewählten Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, sprechen im Interview der Woche über ihre neue Aufgabe, die Flüchtlingskrise, Chancen und Risiken der Integration, ungeheurer Reichtum und wachsende Armut sowie die Freihandelsabkommen TTIP und CETA

Mit dem Rückzug von Gregor Gysi als Fraktionsvorsitzender geht eine Ära zu Ende. Was ist für Sie sein herausragender Verdienst?

Sahra Wagenknecht: Gregor Gysi hat entscheidend dazu beigetragen, dass die PDS im Osten zu einer Volkspartei werden konnte. Gemeinsam mit Oskar Lafontaine und Lothar Bisky hat er die Fusion der PDS mit der WASG zur Partei DIE LINKE gestaltet. Heute sind wir die stärkste Oppositionskraft und stellen in einem Bundesland sogar die Regierung – daran hat Gregor Gysi einen wichtigen Anteil.

Dietmar Bartsch: Ich möchte dreierlei nennen: Erstens stand Gregor Gysi mit Lothar Bisky, Michael Schumann und anderen an der Spitze der PDS, als diese 1989/90 aufbrach, mit dem Stalinismus als System zu brechen. Zweitens führte er in erster Reihe den Überlebenskampf der Partei des Demokratischen Sozialismus und half, die Eliten der DDR ins vereinte Deutschland zu führen. Drittens legte er zusammen mit Oskar Lafontaine die Grundlagen dafür, dass DIE LINKE heute einen stabilen Platz im deutschen Parteiensystem hat.

Nun führen Sie beide die Fraktion. Was wird in der Arbeit der Fraktion durch die neue Doppelspitze anders?

Wagenknecht: Jeder hat seinen eigenen Stil, aber das Wahlprogramm bleibt natürlich unsere gemeinsame Grundlage. Wir wollen weniger gesellschaftliche Ungleichheit und die Rückkehr zu einer friedlichen Außenpolitik. Im Sinne dieser Schwerpunkte wollen wir die Fraktion stärker strategisch führen und unterschiedliche Positionen, soweit es sie gibt, besser integrieren.

Bartsch: Unsere Fraktion hat bislang eine ordentliche Arbeit geleistet, die zunächst einmal fortzusetzen ist. Nun steht an der Spitze ein Zweierteam und wir möchten, dass die gesamte Fraktion – Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ihr

Mannschaftsspiel verbessert. Gut wäre, würden wir noch besser zeigen, wie wir Alltagsprobleme der Leute aufgreifen und dann Vorschläge machen, die ihr Leben verbessern. Viele stimmen mit uns in einer kritischen Sicht auf die Gesellschaft überein, trauen uns aber zu wenig zu, Dinge positiv zu ändern. Das hat mit unserem noch geringen Einfluss zu tun, aber auch damit, dass unsere Angebote nicht immer praktikabel erscheinen oder dass wir manchmal lediglich sagen, wogegen wir sind, nicht aber wofür.

Am 5. September dieses Jahres hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Grenzen für Flüchtlinge, die in Ungarn unter schockierenden Bedingungen festhingen, geöffnet. Wie bewerten Sie diese Entscheidung?

Bartsch: Die Bundeskanzlerin verweigert sich dem Wettlauf der Unfreundlichkeit.

Ministerpräsident Orbán. Das ist unglaublich!

Inwiefern werden die vielen Flüchtlinge Deutschland verändern?

Wagenknecht: Unsere Gesellschaft wird jünger und vielfältiger werden, alles andere ist schwer vorzusagen, denn es hängt von der politischen Gestaltung der Integration ab. Wir brauchen jetzt dringender denn je in Deutschland eine Auflösung des Investitionsstaus. Wenn jetzt ausreichend Geld in günstigen Wohnraum, eine moderne Infrastruktur sowie hunderttausende Arbeitsplätze in Bildung, Gesundheit und Pflege investiert werden würde, wäre Integration ohne soziale Verwerfungen möglich und wir könnten in den nächsten Jahren einen Wachstumsschub erleben. Aber wenn die große Flüchtlingsanzahl dazu missbraucht wird, um den Mindestlohn auszuhöhlen und Sozialkürzungen durchzudrücken, wenn der Bund die Kommunen im Stich lässt und die Konkurrenz um günstigen Wohnraum, um Ausbildungs- und Arbeitsplätze weiter verschärft wird, dann sehe ich schwarz.

Die Aufnahme der Flüchtlinge kostet Geld. Viele Menschen im Land fragen sich: Woher soll das Geld kommen, wenn es nicht woanders gestrichen oder über Steuern eingetrieben wird?

Wagenknecht: Was spricht gegen höhere Steuern für die Superreichen? Allein die 500 reichsten deutschen Familien besitzen ein Vermögen von über 600 Milliarden Euro – hier gäbe es eine Menge zu holen. Aber die herrschende Politik erlaubt es sich, diesen ungeheuren Reichtum überhaupt nicht zu besteuern – was nicht nur gerecht, sondern auch ökonomisch

sinnvoll wäre. Deshalb fordert DIE LINKE die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer. Damit die extrem wichtigen Investitionen sofort getätigt werden können, fordern wir außerdem eine sofortige Anschlagfinanzierung über die Europäische Zentralbank. Stattdessen pumpt Herr Draghi Monat für Monat 60 Milliarden Euro in die Finanzmärkte und produziert damit die nächste gefährliche Finanzblase. Das Geld wäre zum Beispiel besser in gut bezahlte Arbeitsplätze, im Bildungssystem oder Wohnungsbau investiert.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Das ist gut. Sie muss jetzt endlich dafür sorgen, dass Fragen wie Abrüstung, Ernährung oder Klimaentwicklung angepackt werden. Angesagt ist eine Politik des Dialogs, nicht eine der Drohung, der Erpressung und des Boykotts. Durch die Flüchtlingsbewegung müssen wir vor unserer Haustür mit Konsequenzen der Weltpolitik fertig werden. Deutsche Politik sollte der Erfahrung Rechnung tragen, dass hinter geschlossenen Grenzen keine offenen Gesellschaften wachsen können. Auch nicht innerhalb einer Festung Europa. 2015 werden unter anderem in Ungarn Mauern hochgezogen, wo der Eiserne Vorhang einst zuerst fiel. Und die deutsche Regierungspartei CSU hofiert den Architekten,



Interview mit Sahra und Dietmar - Fortsetzung

Bartsch: Die von Sahra benannten und weitere Defizite gab es bereits, bevor die Flüchtlinge zu uns kamen. Wird das nicht in Ordnung gebracht, zerstören wir die Chancen künftiger Generationen – und zwar aller hier lebenden Menschen. Trotzdem ist Schäuble in unverantwortlicher Weise einseitig nur auf seine „schwarze Null“ fixiert. Er betreibt eine zutiefst ideologische Politik. Dabei muss es am Geld nicht scheitern. Aber es wird nicht dort abgeholt, wo es sich durch die die ungerechte Verteilung extrem konzentriert hat. Daher sitzen viele Kommunen auf dem Trockenen und der Hartz IV-Regelsatz steigt zum 1. Januar 2016 um sage und schreibe 5 Euro...

Bei aller Willkommenskultur: Muss DIE LINKE angesichts der Millionen Flüchtlinge weltweit, die gern nach Deutschland kommen würden, nicht ab einem gewissen Punkt anerkennen, dass alles, was wünschenswert wäre, möglicherweise nicht zu leisten ist?

Wagenknecht: Jeder weiß, dass es keine Lösung sein kann, die vielen Millionen verzweifelte Menschen, die weltweit auf der Flucht vor Krieg, Umweltzerstörung, Armut und Gewalt sind, nach Deutschland zu holen. Wir brauchen deshalb endlich eine verantwortungsbewusste Politik, die die Fluchtursachen bekämpft und keine Bundesregierung, die die Genehmigung der Waffenexporte nach Saudi Arabien verdreifacht.

Bartsch: Aktuell erleben wir ein Staatsversagen, weil uns die Folgen einer falschen Politik einholen. Menschen wollen dort leben, wo sie ihre Wurzeln haben. Dass das überall unter menschenwürdigen Bedingungen geschehen kann, muss erstes

Ziel der Politik sein. Millionen flüchten doch nicht, weil sie klapprige Autos fahren. Sie flüchten häufig, um das bloße Leben zu retten, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Kinder satt bekommen. Weltweit werden 1.500 Milliarden Dollar jährlich für Militär ausgegeben, aber dem Welternährungsprogramm fehlt das Nötigste, um die Flüchtlinge zu versorgen.

Anfang Oktober haben in Berlin eine Viertelmillion Menschen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA demonstriert. DIE LINKE hat diese Abkommen von Anfang bekämpft. Was muss als Nächstes passieren, um diese Handelspakete zu verhindern?

Wagenknecht: Mit dieser bislang größten Demonstration gegen TTIP und CETA ist es gelungen, den Druck auf die Bundesregierung und speziell auf Wirtschaftsminister Gabriel weiter zu erhöhen. Gabriel kann sich seinen Eiertanz bei der CETA-Ratifizierung jetzt kaum noch leisten, ohne der SPD kurz vor der Bundestagswahl 2016 noch mehr zu schaden. Der große Mobilisierungserfolg, mit dem nur wenige gerechnet haben, wird sicher viele Menschen zu weiteren Aktionen motivieren. Und nicht nur in Deutschland wächst der Protest: In den Niederlanden werden gerade Volksabstimmungen gegen TTIP und CETA vorbereitet. Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen CETA und TTIP hat schon mehr als 3,2 Millionen Unterschriften gesammelt. Hier gilt es dranzubleiben, den Protest noch breiter zu verankern und weiter in die Fläche zu tragen.

Bei immer mehr Bürgerinnen und Bürgerinnen verfestigt sich der Eindruck, dass die gesellschaftliche Entwicklung

nur eine Richtung kennt: Die Ungleichheit vergrößert sich, Reiche werden immer reicher, alles geht weiter wie immer. Wie lässt sich den Menschen noch glaubhaft vermitteln, dass es auch anders geht?

Bartsch: Dieser Eindruck spiegelt die Wirklichkeit. Kinder- und Altersarmut steigen in Deutschland, die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich. Leider ist es gut nachzuvollziehen, wenn viele Menschen an den Chancen für Alternativen zweifeln. In Deutschland wird ein Anwachsen prekärer Beschäftigung als Jobwunder verkauft. Die griechische Syriza-Regierung wird erpresst und geknebelt, wenn sie einen anderen Weg einschlagen will. Andererseits gibt es auch Erfolge linker Politik. Ohne unser beharrliches Drängen gäbe es vermutlich noch immer Praxisgebühren und keinen Mindestlohn. Wir wollen das Ziel des demokratischen Sozialismus nicht aus dem Auge verlieren, aber natürlich hier und heute Verbesserungen erreichen.

Wagenknecht: Das Wichtigste ist, dass wir selbst glaubwürdig bleiben, und die Menschen davon überzeugen, dass wir eine bessere Politik in der Regierung auch umsetzen würden. Immer mehr Menschen resignieren, weil die von ihnen Gewählten ihre Wahlversprechen brechen und sie das Gefühl haben, durch ihre Stimme oder ihre Aktivität nichts ändern zu können. Das beste Mittel gegen diese Resignation sind gemeinsam erkämpfte Erfolge. Dietmar hat einige genannt. Auf die müssen wir noch öfter hinweisen.

Quelle: linksfraktion.de, 20. Oktober 2015

Merkels Rolle Omi-nös
(von Jürgen Riedel)

Erinnerung (von Janina Niemann-Rich)

LYRIK

Flüchtling mit flüchtiger Betrachtungsweise:
Mutter Merkel
Als Rabenmutter mitschuldig
An der Zerbombung seines Vaterlands
Explosives Ausmaß an Waffenexporten:
Tochtergeschwulst des Kapitalismus

Kindheitstraum
Fensterblumenbank
Kindheitstrauma
Gefühlseisbahn der Mutter

Laut (von Janina Niemann-Rich)

Wort für Wort
Liebe verstummt

Kurt Kaiser: Erlesenes aus Fritz Reuters Roman „Ut mine Stromtid“

I. Bräsig sien Waterkunst

Inspektor Hawermann kehm eines Sünndags Bräsig besäuken.

„Na, wo is ´t di gahn, oll Knaw´?“ frog Hawermann, as sei up den Sopha seten un de

Pipen in ´n Gang´ wiren.

„Hör mal, Korl! Nasskolt, waterig, kläterig – süh, das ´s gar nichts dagegen. Sie machen den Menschen rein zu ´n Pogg´. Un eher sich ´ne menschliche Natur an ´ne Poggennatur gewöhnt, da hat die menschliche Kretur so viel auszuhalten, dass man

ümmer wünschen mögt´, man wär as Pogg´ auf die Welt gekommen; *aber gut ist ´s doch!* –

Süh, erstens morgens die gewöhnliche Abswizung. Da wickeln sie dir in kolle Laken ein – ganz natt – un dann in wollne Decken un pressen dir so zusammen, dass

du nichts von deinem Menschlichen rögen kannst als bloß die Tehnen. Denn nehmen sie dir in diesen Zustand un ledde dir in die Badestube un klingeln ümmer vor dir auf, dass sie die Dam´s wegklingeln wegen der Schanierlichkeit. Süh, denn setzen sie dir, wie Gott dich erschaffen hat, in ´ne Badewanne un stülpen dir drei Eimer Wasser über deinen kahlen Kopp, wenn du einen hast, un denn kannst du ihretwegen gehen. – Nu meinst du, dass es zu End´is? Das meinst du, Korl, aber nu geht´s erst recht an; *aber gut ist´s doch!*

Süh, nu musst du spazieren gehen auf Flaeg´, wo du gar nichts zu thun hast. Ick bün in meinem Leben viel spazieren gegangen, bei ´s Haken un Eggen, bei ´s Meßstreuen un Arwtenseihgen, hab aber ümmer dabei was zu thun gehabt; aber hier gor nicks! Un dabei musst du nu Wasser trinken, ümmer zu, ümmer zu! – Korl, Welche sünd da unter, das ist doch grad´ as wenn du Wasser in ´s Säw gießt, un denn stehn sie da un stähnen: „Ah, das schöne Wasser!“ – Glaub ihnen nich, Korl, sie verstellen sich; Wasser auswendig is schon slimm, sehr slimm, aber inwendig hat es ´ne grausame Wirkung; *aber gut ist´s doch!* – Denn kommst du in ein Sitzbad. – Weitst du, woans das bei 4 Grad Null is? Justement, as wenn du in der Höll bist, un der Deuwel hat dir auf einen eisernen glänigen Stuhl gesetzt un bött ümmer frisch unner, süh, so brennt das; *aber gut ist´s doch!* – Denn läufst du wieder bis Mittag, un denn isst du Mittag. – Aber, Korl, davon hast du keine Einbildung, was kann der Mensch in einer Wasserkunst zu sich nehmen! Das Wasser muss doch hellschen zehren! – Korl, ich hab Dam´s gesehen, small un dünn as die leibhaftigen Engels, Karmenaden as die Waschhölter groß, haben sie drei Stück aufgeessen – un Tüften? – Gott, du bewohre! – wo jo du woll en Schepel Aussaat Land mit abpflanzen kannst. – Darum sünd die Wasserdoktors auch sehr zu bedauern, denn sie fressen ihnen power. –

Nahmiddags geht´s Wassersaufen wieder munter los, un denn kannst du dir auch mit die Dam´s anständig unterhalten, denn Morgens stehn sie dir nich Rede, indem sie das Bewusstsein haben, dass sie in einem wilden Zustand umherlaufen, einige mit nassen Strümpfen, as wenn sie von ´s Krewthölkern herkommen, andere mit nasse Tücher um den Kopp, alle aber mit fliegenden Haaren un mit en Venusgürtel, der aber nicht augenscheinlich ist. – Du kannst dir mit ihnen erzählen, was du willst, wirst aber swerlich ´ne Antwort kriegen, wenn du nich von ihre Krankheitsgeschichten anfängst, woofst sie schon Pückeln über

den ganzen Leib gekriegt haben, un Swären un blinde Dinger; denn das ist in einer Wasserkunst die gebild´ste Unterhaltung. – Hast du dir nun in dieser Art amüsiert, dann musst du in die Dusche, brauchst dir aber nich zu denken, dass sie swarz ist, nein, lauter klores Warer; *aber gut is sie auch!* – Überall Korl, kannst du dir merken: allens was schlecht smeckt, was en Minschen eklich is un wovor einer einen Grugel hat, das is gesund vor dem menschlichen Leibe.“ –

„Na, denn möst du dien Podagra jo woll ganz los sin, denn du hest ja en heidni-



schen Grugel vör´t kolle Water hatt.“ „Da kann nu einer gleich hören, Korl, dass du miendag´ noch nich in einer Wasserkunst gewesen büst.

Süh, der Doktor hat mich das auseinandergesetzt: der verfluchte Podagra is die öbberste von alle Krankheiten – das ist die Mutterkrakheit –, woraus alle anderen Süken kommen, un er kommt aus den Gichtstoff, der in die Knochen liegt un dir darin herum reißt. Un der Gichtstoff kommt aus dem *Giftstoff*, den du als menschliche Nahrung, zum Exempel Kümmel oder Tobak, oder aus der Apteke zu dir genommen hast.

Süh, nu muss einer, der den Podagra hat, so lange in den nassen Laken switzen, bis er all den Tobak, den er in seinem Leben geraucht hat, un all die kleinen Kümmel, die er in seinem Leben getrunken, ausgeswitz hat. Süh, denn geht der *Giftstoff* weg un denn der Gichtstoff un denn der verfluchte Podagra.“

„Na, hest du dat so hatt?“

„Ne.“

„Na, worüm büst du denn nich länger dor blewen? Denn hadd ick doch ok bet an ´t En´n uthollen.“

„Korl, .du redst! Das hält ja kein Minsch aus, un is auch noch nich bi keinen Minschen passiert. Einen haben sie mal gehabt, der hat so lange gewitzt, bis er likster Welt als *Louisiana von Justussen* in

Hamburg gerochen hat.

Na, da hat denn nu der Wasserdoktor auch alle Kranken raufgebracht, dass sie sich eigenhändig mit der Nase von dem Geruch haben überzeugen müssen, un hat ´s auch in die Wasserschriften setzen lassen; aber nahsten ist ´s rausgekommen: Der Kanallj hat heimlich ´ne Zichalie geraucht, was verboten is, auch Kümmel is verboten! –

Du meinst, Korl, frische Luft ist frische Luft? Denk nich daran! Un du meinst, das Wasser aus deiner Pump is Wasser? Fällt ihm gar nich ein! –

Süh, die frische Luft teilt sich in drei Teilen: in den sauren Stoff, in den Stinkstoff un in die swarze Kohlensäure! Un dein Wasser in die Pump teilt sich in zwei Teilen: in den sauren Stoff un in den wässrigen Stoff. Auf Wasser un auf Luft is nu die ganze Wasserkunst gebaut!

Un süh mal, Korl, wo weise die Natur das eingerichtet hat: Die menschliche Natur, wenn sie in der frischen Luft geht, nimmt durch die gewöhnliche, gebräuchliche Luftröhre die swarze Kohlensäure un den Stinkstoff in sich auf, die sie beide nicht vertragen kann, un da kommt nu die Wasserkunst un schafft dir diese beiden abscheulichen Dünste vom Halse, indem dass der saure Stoff in dein Pumpenwasser die swarze Kohlensäure fest macht un der wässrige Stoff dir den Stinkstoff mit Switzen aus dem Leibe treibt. – Verstehst du mir, Korl?“

„Ne!“, säd Hawermann un lachte recht hartlich, „dat kannst nich verlangen.“

(Fortsetzung folgt)

Wie es bei Bräsig's Kur weitergeht und zum tollen Finale kommt, können die plattdeutschen Leser in der nächsten Folge lesen.

Wortklärung:

Schanierlichkeit = Peinlichkeit; Ledden = leiten, führen; small = schmal; bött = heizt; Podagra = Gicht; Pogg = Frosch; Tehnen = Zehen; Flaeg´ = Stellen; Meßstreuen = Miststreuen; Arwtenseihgen = Erbsenmähen; Karmenade = Karbonade; Tüften = Kartoffeln; power = pauvre, Kraft; Louisiana von Justussen in Hamburg = berühmte Tabakfirma; Zichali = Zigarette; Säw = Sieb; Kanallj, Kanaille = Lump; Krewthölkern = Krebsfang; Pückeln = Pickel; Swären = Geschwüre; Dinger = Blindlinge, Blutgeschwüre; Tusche = Douche; Grugel = Grauen.

Quelle: Sämtliche Werke von Fritz Reuter, Fünfter Band. Wismar. Hinstorffsche Hofbuchhandlung Verlagsconto 1902.



250.000 gegen TTIP und CETA



Erwartungen weit übertroffen wurden.

Menschen soweit die Augen blicken konnten. Der Versammlungsort für die Auftaktveranstaltung (Washington-Platz vor dem Berliner Hauptbahnhof) war so voll, dass wir aufgefordert wurden, mit der Anti-TTIP-Demonstration sofort zu beginnen, nur so war es möglich, dass weitere „Neuankömmlinge“ auf den Platz gelassen werden konnten.

Der Hauptbahnhof musste gesperrt, die S-Bahn-Züge durchgeleitet werden, damit

der Zustrom der Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer in geordneten Bahnen verlaufen konnte. Eine wahrlich logistische Höchstleistung.

Neben der massenhaften Beteiligung hat mich vor allem beeindruckt, mit welchem Ideenreichtum der Protest zum Ausdruck gebracht wurde. Ich kann an dieser Stelle nur eine kleine Auswahl wieder geben:

„Mein T TIP – lasst es einfach!“ oder „TTIP als Trojaner!“ oder „unFAIRhandelbar – stoppt TTIP!“ oder „Eine Ent-

scheidung für Mensch, Umwelt & Tier: TTIP & CETA stoppen!“ oder „Keine Macht den Konzernen: Stoppt TTIP!“ oder „Tricksen und Täuschen Internationaler Profiteure - TTIP!“ u.v.a.

Für uns Teilnehmerinnen und Teilnehmer war dieser 10. Oktober ein sehr strapaziöser Tag. Immerhin marschierten wir oder besser gesagt, schoben wir uns, von 11.00 bis 16.00 Uhr durch das Zentrum von Berlin, bis hin zur Siegestsäule, an der die Abschlusskundgebung stattfand.

Ich spreche sicherlich im Namen all unserer Teilnehmer, dass wir diese Strapazen sehr gern auf uns genommen haben und zur Verhinderung solch undemokratischer Abkommen wie TTIP oder CETA auch jeder Zeit wieder auf die Straße gehen werden. Ein großes Dankeschön an die Organisatoren!



Text und Fotos: Peter Hörnig
(BO Dummerstorf)

Am 10. Oktober folgten 250.000 Bürgerinnen und Bürger dem Aufruf, aktiv gegen die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, TTIP und CETA, zu protestieren. 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Kreisverbandes LRO folgten diesem Aufruf und fuhren am Samstagmorgen voller Erwartungen in den von ver.di bereitgestellten Bussen nach Berlin. Beim Eintreffen am Stern, dem zentralen Sammelpunkt für die Busse, wurde uns in überwältigender Weise klar, dass unsere

LITERATUREMPFEHLUNG

Roger Willemsen: Das Hohe Haus. Ein Jahr im Parlament

Auf der Rückseite des Schutzumschlages des 20-Euro-Buches aus dem S.-Fischer-Verlag werden verschiedene Meinungen zitiert. Sie fassen kurz zusammen, dass es „ein grandioses Buch“, „ein aufregendes Buch“ sei. Dieter Hildebrandt fragte verwundert: „Warum ist noch niemand auf diese Idee gekommen?“

Der unabhängige Essayist Roger Willemsen ist als unbestechlicher Publizist und Fernsehmoderator bekannt. Er hat ein ganzes Jahr lang von der Zuschauertribüne aus alle Sitzungen des Deutschen Bundestages verfolgt. Seine Beobachtungen und hintergründigen Überlegungen hat er in dem Buch auf knapp 400 Seiten zusammengestellt.

Roger Willemsen beobachtet nicht nur. Er vergleicht Anspruch und Wirklichkeit. Er empfindet die Enttäuschung der Rednerinnen und Redner mit, die vom Plenum ignoriert werden nur weil sie einer bestimmten Fraktion angehören, obwohl sie etwas Kluges und Wichtige sagen. Er macht seinen Ärger über das rüpelhafte Verhalten

einiger Vertreter der Regierungsfraktion deutlich. Er zeigt seine Hochachtung vor notwendigen, mutigen Klarstellungen der Sprecher aus kleinen Fraktionen. Er stellt die arrogante Inkompetenz einiger Regierungsmitglieder schonungslos bloß, vor allem das kulturlose Auftreten des Beauftragten für Kultur und Medien.

Es ist spannend zu lesen, wie es Roger Willemsen gelingt, das einzelne Auftreten eines Redners oder einer Rednerin mit dem eigentlich hohen Anspruch an die Institution Bundestag zu vergleichen. Das Ergebnis ist meist ernüchternd. Das Parlament kontrolliert die Regierung nicht wirklich. Die Regierungsfaktionen begleiten, loben und huldigen nur. Die Opposition hat eigentlich keine Chance. Aber aus der Opposition kommen die besten parlamentarischen Leistungen. Sie ist wichtig und unverzichtbar. Auf fast jeder Seite findet sich ein Satz, den man sich anstreichen möchte, weil er die parlamentarische Situation kurz und treffend beschreibt.

Steffen Bockhahn kommt auf der Seite 250 vor. Er kommt in der Einschätzung durch den Autor recht gut weg – wie eigentlich alle Vertreter der LINKEN, wie die meisten Grünen und auch einige Sozialdemokraten. Auch der Bundestagspräsident

Lammert musste kaum kritisiert werden. Seine ärgerliche Einladung des wohl senilen Wolf Biermann war ja nicht in dem Jahr, über das Roger Willemsen schreibt. In dem Jahr war allerdings die Bundestagswahl. Und deren Ergebnis führte zur großen Koalition, die die beschriebenen Verhältnisse noch krasser werden ließ.

Interessant ist auch die Beschreibung der Abläufe im Hintergrund, der Reaktionen der Zuschauer und der geschichtlichen Zusammenhänge. Außerhalb des Plenums funktioniert der Bundestag noch so, wie es gedacht war.

Anknüpfend an die Urteile auf dem Schutzumschlag kann man resümieren: es ist ein wichtiges Buch, ein erhellendes Buch, ein frustrierendes Buch, ein offenbares Buch, ein kluges Buch, ein desillusionierendes Buch, ein kritisches Buch, ein notwendiges Buch, ein spannendes Buch, ein lesenswertes Buch, ein empfehlenswertes Buch.

Roger Willemsen hat seit Juli 2015 wegen einer Erkrankung alle Termine abgesagt. Der KLARTEXT wünscht ihm gute Besserung.

Wolfgang Bergt

Prof. Werner Pade wird 75

Im September feierte Prof. Werner Pade, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, seinen 75. Geburtstag. Zu seinen Ehren fand am 29. September in Rostock ein wissenschaftliches Kolloquium unter dem Titel „Spurensuche in der Alten und Neuen Welt“ statt.



Der Versammlungsraum im Hausbaumhaus in der Wokrenterstraße war gut gefüllt mit klugen Menschen, die den Weg des Wissenschaftlers Werner Pade vor und nach 1989 begleitet haben. Unter den Gästen befanden sich auch Prof. Nikolaus Werz und Prof. Ernst Münch von der Uni Rostock. Letzterer informierte die Anwesenden über die Geschichte des Tagungsortes.

Bevor wir uns den Inhalten widmen, ein paar Worte zum Jubilar. Seine Bescheidenheit soll uns nicht davon abhalten. In Mecklenburg geboren, führte ihn 1958 das Streben nach akademischen Weihen an die Humboldt-Universität zu Berlin. Nach seinem Studium promovierte er in Rostock zu den deutsch-argentinischen Beziehungen der Weimarer Republik. Dann wies man ihm das Themengebiet Kuba zu. Über dessen

Entwicklung hatten die Wissenschaftsbürokraten ein dezidiertes Urteil, an dem sich die forschenden Wissenschaftler zu orientieren hatten. Geschichte – und insbesondere die Geschichte sozialistischer Staaten – unterlag nämlich allgemeinen Gesetzmäßigkeiten.

Das Ende der DDR machte für Werner Pade das Leben als Wissenschaftler nicht leichter, denn er verlor seine Stellung an der Uni. Da es wohl in Westdeutschland schon eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Lateinamerika gab, konnte man

die Lateinamerikawissenschaften in Rostock abwickeln. Die Mitarbeiter des Instituts gingen nun also andere Wege, wurden Kreisvorsitzender der PDS, gründeten den Rostocker Bund, usw.

Werner Pade kehrte zu seinen heimatischen Wurzeln zurück, wie er es selber formuliert, und beschäftigte sich fortan mit

der Geschichte Mecklenburgs, auch bei dem „unaussprechlichen Verein“ Institute for Migration and Ancestral Research mit einigen Aspekten der Auswanderung aus Mecklenburg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mit anderen Wissenschaftlern gründete er das Forum für Politische und Interkulturelle Bildung e.V., die heutige Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern.

Seit der Jahrtausendwende rückte auch die Entwicklung Lateinamerikas wieder stärker in das Blickfeld Werner Pades. Regelmäßig kamen Kenner der Region in Rostock zum Meinungsaustausch zusammen, worüber die „Rostocker Lateinamerika-Manuskripte“ Zeugnis

ablegen. Die progressive Entwicklung in einigen Staaten des Kontinents fesselte ihn und spielte auch auf dem Kolloquium am 29.9. eine große Rolle.

Tja, die Euphorie der vergangenen Jahre ist weitgehend verflogen, denn die Linksre-

gierungen befinden sich in der Defensive. Wer/was ist Schuld? Die Entwicklung der Weltwirtschaft (Ölpreis!), die Führungsschwäche der Herrschenden? Die erreichten Fortschritte sind jedenfalls fragil, nicht zuletzt weil keine grundlegende Abkehr vom Kapitalismus erfolgte. Keine Abkehr von den Monostrukturen, von der Dominanz ausländischer Konzerne, etc. Die Agrarprobleme sind ungelöst. Immer öfter wird nun gegen die linken Regierungen demonstriert, angestachelt von den Rechten. Neuer Schwung muss her, eine neue Etap-

pe linker Reformpolitik – sonst droht ein Ende der progressiven Regierungen. Eines scheint aber nicht umkehrbar zu sein: das Bewusstsein der Menschen, selbst etwas verändern zu können. Die nachfolgenden Generationen werden einen langen Atem brauchen, um die Gesellschaft grundlegend zu verändern, merkte Werner Pade an.

Und Kuba? Die Zukunft dieses Landes bewegt viele Linke besonders. Die Sorge ist groß, dass die Öffnung des Landes zu den USA und zu wirtschaftlichen Reformen der Beginn vom Ende des kubanischen Sozialismus ist. Dietmar Schulz (Mitarbeiter für int. Bez. bei der LINKEN) sieht die kubanische Regierung nicht als die Getriebene, sondern als die aktiv Handelnde. Denn der Kurs der Isolation Kubas sei krachend gescheitert. Kuba ist immer noch sozialistisch. Aber Vorsicht: Auch ein Obama hat sein Ziel nicht aus den Augen verloren, einen Regimewechsel in Havanna zu erreichen. Die Wirtschaftsblockade besteht fort. Und gibt sich Obama nicht vor allem deshalb so konziliant, weil er den russischen Einfluss in der Karibik begrenzen will? Die größte Gefahr für den Sozialismus ist aber der soziale Differenzierungsprozess, der mit dem Anwachsen des privaten Wirtschaftssektors verbunden ist. Es gibt aber auch ein demografisches Problem: Kuba ist der einzige Staat der Karibik, dessen Bevölkerung bis 2050 schrumpfen wird.

Die Anwesenden waren sich einig, ein gelungenes Kolloquium erlebt zu haben. Dem Jubilar sei für sein Lebenswerk gedankt! Alles Gute, lieber Werner!

Text: Carsten Penzlin, Fotos: Michael Herms/Carsten Penzlin



Prof. Pade berichtet im September 2015 den Mitgliedern des Stadtteilverbands Mitte über die aktuelle Entwicklung Kubas

Einladung zum Konzert

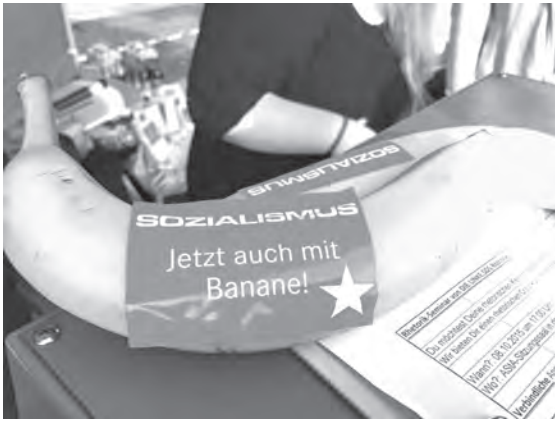
Liebe Freundinnen und Freunde der Musik, ich darf Sie ganz herzlich zum Benefizkonzert in der Nikolaikirche am Dienstag, 10.11., einladen. Ab 19:00 Uhr treten u.a. Thomas Braun, Ourud-Elmahabbe, Los Talidos, das Rostocker Volkstheater, Gregor & Katharina, Reem, Patrizia, Maher & Saad auf. Freuen Sie sich mit uns auf ein abwechslungsreiches und spannendes Konzert. Karten können sie vor Ort erwerben, pro Person 10 Euro und ermäßigt 7 Euro. Der Erlös kommt der Finanzierung von Sprachkursen für Flüchtlinge zugute.

Mit musikalischen Grüßen

Dr. Hikmat Al-Sabty



Campustag 2015



Am 06.10.2015 fand der diesjährige Campustag der Universität Rostock statt und auch in diesem Jahr haben wir von der Hochschulgruppe SDS teilgenommen. So viel sei gesagt: auch dieses Mal konnten wir einen gelungenen Auftritt hinlegen, der die politische Konkurrenz vor Neid erblasen ließ.

Nachdem wir im letzten Jahr schon hunderte Studierende erreichen konnten, haben wir diese Zahl nochmals übertreffen können. Das war nicht leicht, bewegten wir uns doch schon das letzte Jahr an der Grenze des organisatorisch Machbaren. Dieses Mal waren wir vielleicht sogar etwas zu ambitioniert, so dass wir den großen Erfolg nur durch die vielen fleißigen Helfer bewerkstelligen konnten, die uns tatkräftig unterstützt haben. Daher sei unseren PraktikantInnen, unserem Kreisgeschäftsführer Andreas, unserem Fahrer und natürlich Eva-Maria Kröger gedankt. Im organisatorischen Bereich waren keine Reserven mehr abrufbar, also musste konzeptionell etwas anderes geschehen, wollten wir uns nochmals steigern. Wir haben uns daher bei der Planung gefragt, welche Stände wir selbst am liebsten besuchen, wenn wir uns etwa auf Parteitagen bewegen. Recht schnell einigten wir uns auf die Präsenz der Genossinnen und Genossen von „Cuba Si“, die neben ansprechendem karibischem Flair auch immer leckere Getränke im Angebot haben und entsprechend gut besucht sind. So einigten wir uns schnell auf unser Motto „Cuba, Caipi, Klassenkampf“ und richteten auch unsere Materialien daran aus. Uns war es weiterhin wichtig unseren Auftritt witzig zu gestalten. Der Campustag ist voll mit dutzenden Attraktionen, die um die geringe Aufmerksamkeitsspanne völlig überforderter junger Menschen buhlen, die gerade einen wichtigen Lebensabschnitt beginnen und noch gar nicht so recht wissen, wo oben und unten ist. Wer dort zu bieder oder zu verkopft auftritt, wird ignoriert und hat eine gute Chance vertan. Möchte man dort also politische Botschaften platzieren, muss man sich abheben, den Leuten

etwas bieten und seinen Auftritt idealerweise mit einer Prise Humor garnieren. All das haben wir getan. Neben der obligatorischen Zuckerwatte, dem Popcorn und unseren selbstgemachten Caipirinhas, hatten wir daher 1000 Ersti-Tüten zu verteilen, prall gefüllt mit tollen Sachen. Neben Infomaterialien zu aktuellen und für Studierende interessanten Themen, hatten wir wieder den Happy-Hour-Stundenplan im Angebot, den immer beliebten Kugelschreiber, einen „Freiversuch“ in Form eines Kondoms und einen tiefroten Filzanhänger mit der Losung „Socialismo o muerte“ des Genossen Castro.

Highlight waren aber die in jeder Tüte enthaltenen Bananen, die mit dem Aufkleber „Sozialismus, jetzt auch mit Banane“ verziert wurden. Als klischeebeladenes und oft zitiertes Symbol der Mangelwirtschaft, sollte diese Banane unsere Überzeugung unterstreichen, dass sich Sozialismus und Wohlstand keineswegs gegenseitig ausschließen. Was als fixe Idee begann und in stundenlanges und kräftezehrendes Bekleben mündete, zahlte sich am Ende in Form jeder Menge lachender Gesichter aus. Es bleibt weiterhin festzuhalten, dass auch im Jahr 25 nach der politischen Wende Südfrüchte eine magische Wirkung auf Ostdeutsche entfalten. Denn recht schnell machte es auf dem Campusgelände die Runde, dass es bei den Linken Bananen gäbe, so dass sich zunehmend größer werdende Schlangen bildeten, sprich, junge Menschen für Bananen anstanden, was in diesem Kontext doch einen gewissen Charme hatte. Diese Situation bot nun reichliche Möglichkeiten um augenzwinkernd und selbstironisch mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, in welchen wir

durchweg positive Resonanz erhielten. So konnten wir auch im Rahmen des nächsten Fünfjahresplanes sogar im Brustton der Überzeugung Mandarinen versprechen. Lockere Gespräche wie diese waren es, die recht schnell das Eis zu brechen vermochten, wo die Erstsemester der letzten Jahre noch deutlich reservierter agierten. Eine olle, handelsübliche Banane hat also das erreicht, was traditionell an Parteitänden

am schwierigsten umzusetzen ist: mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, ohne aufdringlich sein zu müssen. Die meisten brachten in jenen Gesprächen ihre Sympathie für DIE LINKE zum Ausdruck und möchten uns zumindest wählen, weil wir „cooler“ als die anderen, etablierten Parteien sind. Das bildete sich auch auf dem Campusgelände ab. Obwohl man uns schon als Konsequenz unserer vergangenen Erfolge in die hinterletzte, versteckte Ecke des Geländes verbannt hatte, konnten wir dennoch im Vergleich zum politischen Gegner deutlich mehr Menschen an unseren Stand locken. Besonders deutlich wird das etwa im Vergleich zur Präsenz der CDU und der FDP (die es entgegen aller anderslautenden Behauptungen tatsächlich noch gibt): im feinen Zwirn, spießig bis ins Mark, standen die jungen Konservativen und Liberalen an ihren Ständen und sahen aus, als wollten sie den Erstsemestern Versicherungspolice aufschwätzen. Entsprechend haben die meisten schon von weitem einen Bogen um sie gemacht, was uns schon fast Mitleid abnötigte.

Allerdings konnten wir auch andere, ernsthaftere Beobachtungen machen. Diverse Studien halten schon seit Jahren fest: immer weniger junge Menschen sind bereit sich einer Partei anzuschließen. Das ist allerdings kein Ausdruck eines generellen Politikverdrosses. Im Gegenteil: die Leute, die an unseren Stand kamen waren sehr wohl politisch. Sie hatten vor allem großes Interesse an der Flüchtlingsthematik, in der sie uns offensichtlich und auch zu recht eine große Kompetenz beigemessen haben. Viele haben gefragt, wo und wie



sie sich engagieren können und waren auch Feuer und Flamme hier aktiv zu werden. Allerdings ist die Schwelle sich außerhalb eines solchen Projektes fest an eine Partei zu binden sehr hoch. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass eine durchökonomisierte und ver-

schulste Uni, die ohnehin schon viele junge Menschen zu zermürben droht, wenig Freiraum für kontinuierliches, ehrenamtliches Engagement lässt. So nehmen es zumindest viele Studierende wahr. Das hat wiederum auch mit einem überholten Bild der Arbeit in Parteistrukturen zu tun, die aber im Rahmen eines solchen Gespräches am Infostand nicht abzubauen sind. Es bleibt also festzuhalten: junge Menschen sind

nicht unpolitisch, es gibt aber einen Trend, sich nur noch nach Interesse und Zeit an konkreten Aktionen zu beteiligen, statt reguläres Mitglied einer Partei zu werden. Das kann man gut oder schlecht finden, in jedem Fall müssen wir damit aber umgehen.

Entsprechend müssen wir das im Hinterkopf behalten, wenn wir in Zukunft Aktionen planen und Mitglieder werben wollen. Wir müssen noch deutlicher zeigen,

dass wir anders sind, dass bei uns nicht der Klüngel und starre Hierarchien regieren und dass jeder sich einbringen kann und dies sogar explizit gewünscht ist. Wir müssen auch zeigen, dass es auch nicht schlimm ist, wenn man auch mal keine Zeit hat oder eine andere Position als die Mehrheit vertritt. Wir müssen einfache tradierte Vorstellungen politischer Arbeit überwinden und junge Menschen neugierig machen. Unsere Aufgabe wird es sein,

auch im nächsten Jahr wieder neue Ideen zu entwickeln um diese Hürden abzubauen und junge Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Aber auch das können wir selbstbewusst sagen: trotz aller Widrigkeiten konnten wir auch in diesem Jahr wieder neue Mitglieder werben und viele andere zumindest neugierig auf DIE LINKE machen. Daran gilt es jetzt anzuknüpfen.

Christian Albrecht

Wohnungsnot - Systemgemacht!

Seit die Wohnungsgemeinnützigkeit in Deutschland 1990 abgeschafft wurde, gibt es im Grunde keine Wohnungspolitik mehr sondern nur noch Wohnungspolitik. Von großen Teilen der privaten Wohnungswirtschaft gewollt und von der damaligen Bundesregierung willfährig geliefert, wurde der Wohnungsmarkt vollständig liberalisiert. Die Folge: drastisch steigende Wohnungsmieten und immer weniger Sozialwohnungen durch den Wegfall sozialer Bindungspflichten.

Der Markt aber ist sozial blind. Er liefert nur, was Rendite bringt. Sozialstaatliche oder ökologische Anforderungen an die Wohnungsversorgung müssen immer den Umweg über Marktanzreizinstrumente nehmen. Nur insoweit gesellschaftlich notwendige Aufgaben, wie etwa bezahlbare Mieten auch für Gering- und Normalverdiener oder die klimagerechte Gebäudesanierung genügend Rendite abwerfen, werden sie auch als Markziele verfolgt. Das ist der Grund, warum in Deutschland seit Jahrzehnten zu wenig bedarfsgerecht gebaut wird. Es gilt die Marktlogik: Reich baut für Reich und dafür genügen 200.000 bis 250.000 neu gebaute, hochpreisige Wohnungen. Mehr nimmt die zahlungsfähige Nachfrage nicht auf und mehr werden darum auch nicht gebaut.

Gebraucht werden aber zusätzlich mindestens 150.000 neue Sozialwohnungen jährlich. Angesichts der seit Jahren anhaltenden und auf lange Sicht zunehmende Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden nach Deutschland eher 200.000. Von den rund 5 Millionen Sozialwohnungen, die es in den 1980er Jahren noch gab, unterliegen gerade noch ca. 1,5 Millionen der sozialen Zweckbindung und jährlich werden es weniger. Die Anzahl der Mieterhaushalte, die wegen zu geringer Einkommen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, ist aber unverändert hoch und liegt bei 5 bis 7 Millionen. Gerade in Ballungszentren und Hochschulstädten ist die Wohnungsnot über Jahre angewachsen und sie hat nicht etwa den Wohnungsbau befeuert, sondern die Mietpreise und die Mieterverdrängung. Der Zuzug von Menschen aus

sogenannten strukturschwachen – richtiger wäre deindustrialisierten – Regionen in die Metropolen tut ein Übriges und hinterlässt anderenorts Wohnungsleerstand und Städteverfall.

Das alles gibt es seit Jahren. Für den der sehen will, ist das unübersehbar. Die Bundesregierung aber stellt sich seit Jahren blind, weil sie sonst handeln müsste. Und ebenfalls seit Jahren fordert DIE LINKE mehr Mittel für den Sozialen Wohnungsbau, für den notwendigen demografiegerechten Umbau des Wohnungsbestandes, für bezahlbares studentisches Wohnen, für die energetische Gebäudesanierung, den sozial gerechten Stadtumbau.... Alle unsere diesbezüglichen parlamentarischen Anträge wurden mit stoischer Regelmäßigkeit, ungeprüft von den Regierungsparteien, abgeschmettert.



Erst jetzt, angesichts der rasant steigenden Zahl von Menschen, die vor Krieg und Terror aus ihrer Heimat flüchten müssen und auch in Deutschland Zuflucht suchen, nach Überwindung ihrer monatelangen Schockstarre, regt sich die Bundesregierung. Teils regt sie sich auf, teils reagiert sie hektisch und halbherzig. Immerhin hat die Bundesbauministerin dem Bundesfinanzminister 500 Millionen Euro zusätzlich für den Sozialen Wohnungsbau abgerungen. Das ist jetzt die eine Milliarde, die DIE LINKE für die Bewältigung der aufgestauten Wohnungsprobleme schon im Frühjahr diesen Jahres gefordert hat. Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, kann damit, plus den „regulären“

518 Millionen Euro Kompensationsmitteln und unter der Voraussetzung, dass die Bundesländer ihren Anteil in gleicher Höhe beisteuern, der Bau von etwa 60.000 Sozialwohnungen angestoßen werden.

Das reicht natürlich bei weitem nicht. Wir haben deshalb die Bundesregierung aufgefordert, in den Bundeshaushalt 2016 und fortlaufend 1,5 Milliarden Euro für den Sozialen Wohnungsbau einzustellen, die Mittel für den Stadtumbau Ost und West aufzustocken und vordringlich für die Ertüchtigung des leestehenden Wohnungsbestandes einzusetzen, und wir wollen, dass die ostdeutschen Wohnungsunternehmen endlich von ihren Altschulden entlastet werden, damit auch die ihre Wohnungsbestände verfügbar machen können. Alles abgelehnt!

Wir wissen natürlich: Geld allein baut keine Wohnungen, schafft keine sozial und kulturell gemischten Quartiere, aber es hilft! Zudem sind vor allem der politische Wille, strategisch-konzeptionelles Handeln und die Wiederherstellung kommunaler Kompetenz erforderlich. Selbstverständlich ist Wohnungsneubau wichtig, aber nicht überall gleichermaßen. In den Ballungszentren ist er zentral, in den weniger boomenden Regionen könnte die Ertüchtigung des Wohnungsleerstandes, verbunden mit der Wiederbelebung von sozialer und kommunaler Infrastruktur, größere und schnellere Effekte bewirken. Wieder anderswo

wäre der Einsatz von Wohnungsbaufördermitteln für den Ankauf von Belegungsrechten (Denn die Wohnungen sind ja nicht weg, es sind nur keine Sozialwohnungen mehr.) das probate Mittel sein. Es gäbe also eine Vielzahl von Möglichkeiten, den erstarrten Wohnungsmarkt aufzumischen und wirklich eine neue soziale Wohnungspolitik für alle Menschen zu machen. Dazu brauchte es aber politischen Willen und einen Plan. Beides hat die Bundesregierung nicht. Wir aber!

Quelle: linksfraktion.de, 23.10.2015



Aus dem Leben eines Antifaschisten

Auf den Tag genau zwei Monate vor seinem 92. Geburtstag ist das Mitglied von VVN-BdA Rostock, Erich Hillert, verstorben. Er war der letzte in MV noch lebende Angehörige vom „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und hat an der Seite der sowjetischen Armee unter Einsatz seines Lebens aktiv gegen die Nazis und für die Befreiung Deutschlands vom Faschismus gekämpft. Seine Biographie ist ein Spiegelbild des Zeitgeschehens, wie man es in der heutigen offiziellen Geschichtsschreibung – leider – kaum zu lesen bekommt.

Erich Hillert war ein Arbeiterjunge, geboren am 12.12.1923 im damaligen niederschlesischen Drossen als Sohn eines sozialdemokratischen Maurers und einer Verkäuferin und erlernte den Beruf eines Bau- und Möbeltischlers. Er war gerade mal 9 Jahre alt, als die Nazis in Deutschland die Macht erhielten und noch keine 19, als sie ihn „zu den Waffen holten“ - zunächst im Oktober 1941 zum „Reichsarbeitsdienst“ auf dem Flugplatz Jagel in Schleswig-Holstein und dann am 12.03.1942 in die Wehrmacht und ab Anfang Juni 1942 zum Einsatz an der „Ostfront“. Er konnte aber - wie Konrad Wolf auch - sagen „Ich war Neunzehn“, als er am 12.02.1943 bei einem sogenannten „Stoßtrupunternehmen“ in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet.

Nach eigener Aussage prägten drei für ihn besondere Ereignisse sein weiteres Leben und ließen ihn zum bewußten und aktiven Antifaschisten werden. Das waren zuerst die persönlichen Erlebnisse der Zerstörungen, der Verbrechen und des Elends und Leidens, die mit dem Krieg gegen die Sowjetunion von der Wehrmacht über Land und Leute gebracht wurden. Fast noch größere Spuren hinterließ bei ihm das Platzen der Propagandalüge der Nazis, nach der die „bolschewistischen Untermenschen, die man als Feinde der Menschheit und insbesondere der nordisch-arischen Rasse vernichten müsse, keine Gefangenen machen, sondern Jeden, der ihnen in die Hände fiel, töten würden.“

Erich Hillert wurde weder erschossen noch erhängt, sondern befragt und dann in das Kriegsgefangenenlager 41 nach Ostaschkowo, gelegen zwischen Moskau und dem damaligen Leningrad, überführt. Dort wurde er zunächst unter medizinischer Betreuung, wie er es selbst formulierte „aufgepäppelt“, da er gesundheitlich angeschlagen und ziemlich abgemagert war, und dann auf Grund seiner beruflichen Ausbildung als Brigadier der Zimmerleute und Tischler eingesetzt. Aus zusammengetragenem und auch angeliefertem Material wurden u.a. Möbel und Betten für ein nahegelegenes Heim für Kriegskinder und -waisen gebaut.

Am stärksten beeindruckten ihn aber die

Begegnungen und die Zusammenarbeit mit anderen Antifaschisten, die ihm Wissen und Erkenntnisse vermittelten über die Ursachen und Hintergründe des Krieges und andere gesellschaftliche Zusammenhänge. Am 3. Juli 1943 wurde in Krasnogorsk das Nationalkomitee Freies Deutschland NKFD gegründet. Seine Mitglieder hatten u.a. den Auftrag, in den Kriegsgefangenenlagern Gespräche zu führen zur Bildung von Antifagruppen und zur Gewinnung von Soldaten zum Besuch von Antifa-Schulen in Vorbereitung auf spätere Aufklärungseinsätze an der Front an der Seite der Roten Armee zur schnelleren Beendigung des Krieges und der Zerschlagung des Faschismus.

Auch Erich Hillert bekam Kontakt zu ihnen, als einer der NKFD-Leute sich bei ihm in der Tischlerei Rat und Hilfe holte für die Reparatur seines Xylophons. Erich beteiligte sich an der Arbeit der Antifa-Gruppe, nahm an Schulungen teil und willigte schließlich Ende 1943 ein in den Besuch der Antifaschule der 2. Baltischen Front in Chimino in der Nähe von Welikie Luki. Anfang Juni 1944 erfolgte nach Beendigung des Lehrgangs seine Verlegung an die Front, zusammen mit 47 anderen Deutschen, sowjetischen Funkern und Technikern und drei Offizieren der Roten Armee. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, hinter der Front mit Grabenlautsprechern Aufrufe des NKFD zu verlesen, Wehrmachts-einheiten zum Niederlegen der Waffen und zum Überlaufen zu bewegen, aber auch vor der Front zusammen mit Partisanen Aufklärungsarbeit zu leisten. Den Sendungen, Apellen und Aufrufen wurde meist ungestört zugehört; erst am Ende kam es meist zu Granatwerferbeschuß seitens der Wehrmacht; aber auch andere Gefechte blieben bei Zusammenstößen nicht aus. (Anlässlich des 35. Jahrestages der Befreiung Deutschlands von der Hitlerbarbarei veröffentlichte der Journalist Frank Schumann in „Junge Welt“ bereits 1980 unter der Überschrift „Kampfgefährten des Sieges“ einen Tatsachenbericht über ein solches Gefecht, an dem auch Erich Hillert beteiligt war.)

Erich Hillert kam nach verschiedenen weiteren Einsätzen, bei denen es auch darum ging, versprengte Wehrmachtssoldaten hinter der Front aufzugreifen und zu sammeln und wobei auch er bei einer Schießerei verwundet wurde, als Propagandist zur 8. Panfilow-Division. Das war eine Mot.-Schützen-Garde-Division, aufgestellt in Kasachstan vorwiegend aus Angehörigen asiatischer Sowjetrepubliken. Diese Division hatte sich besonders in den Kämpfen um Moskau an der auch literarisch bekanntgewordenen Wolokolamsker Chaussee bewährt. Mit ihr zusammen ging Erich

Hillert weiter vor bis zum 8./9. Mai 1945. Nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands und dem Ende des Krieges in Europa wurden Anfang Juni 1945 die über 100 Angehörigen der Antifaschulen der 1. und 2. Baltischen, der 1. Weißrussischen und der 1. Ukrainischen Front zusammengezogen und nach Rüdersdorf bei Berlin verlegt und auf die Aufgaben „der ersten Stunden“ vorbereitet. Da seine Familie bereits aus den Gebieten östlich der Oder von den Behörden des „Reiches“ evakuiert wurde und nach Mecklenburg kam, erhielt Erich Hillert zusammen mit weiteren „Nochrotar-misten“ und Zivilisten am 2. August 1945 den Auftrag, nach Schwerin zu fahren und sich – nach Abzug der Engländer am 1. Juli 1945 – den dortigen Behörden zur Verfügung zu stellen.

Die meisten Antifaschisten des NKFD wurden von der Besatzungsmacht vorübergehend – meist bis zu den ersten Kommunal- und Landeswahlen Anfang 1946 – eingesetzt als Bürgermeister oder in anderen Verwaltungsfunktionen. In Rostock waren das z.B. Christoph Seitz als Oberbürgermeister und Alfred Scholz für den Polizeidienst. Andere Aufgaben für den Neuanfang wurden übernommen von Felix Scheffler, später Offizier der NVA, von Dr. Pietruschka oder auch von Pastor Erich Arendt, später langjähriger Vorsitzender der VVN in MV.

Erich Hillert hatte mitzuarbeiten beim Aufbau einer neuen nazifreien Kriminalpolizei in Schwerin. Er wurde offiziell am 10. September 1945 aus dem Dienst in der Roten Armee und der Kriegsgefangenschaft entlassen. Er absolvierte einen Lehrgang der Landespolizeischule in Iserberg bei Grevesmühlen, 1947 einen weiteren an der Landespolizeischule Thüringen in Erfurt und arbeitete dann bis 1950 bei der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium Schwerin, (wo er auch seine künftige Frau Eva-Maria kennenlernte, die dort als Stenotypistin arbeitete), bzw. als Leiter der Außenstelle Ludwiglust. Nach Gründung der DDR, die er als „seinen“ Staat empfand, wurde er für Aufgaben der Sicherheit dieses Staates gebraucht, qualifizierte sich in mehrjährigem Fernstudium zum Diplomjuristen und wurde 1976 als Oberst aus dem Dienst des MfS entlassen.

In den Jahren danach arbeitete Erich Hillert im Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der Keise Rostock Stadt und Land sowie Ribnitz-Damgarten sowie in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und hielt viele Jahre Vorträge über das NKFD vor jungen Rekruten der NVA und in Schulen. Letztmalig sprach er vor einigen Monaten über sein Leben vor Mitgliedern und jungen Genossen und Genossen der Partei DIE LINKE

in seinem Wohngebiet Evershagen. Eine Operation an seiner Schilddrüse überlebte er nicht. Er hinterläßt 3 Kinder, 3 Enkel und 7 Urenkel, seine Frau war bereits 2009 verstorben. Für seine umfangreichen Dokumente und Unterlagen interessierte sich

das deutsch-russische Museum in Berlin-Karlshorst, das – offensichtlich in Vorbereitung auf den 75 Jahrestag der Gründung des NKFD 2018 – eine Ausstellung dazu plant. Eine Schenkungsurkunde des Museums vom 10. April 2015 bestätigt die

erfolgreiche Übergabe an das Museum durch Erich Hillert.

Rostock, am 25. 10. 2015
Jürgen Weise, VVN-BdA MV, BO Rostock

25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern

Aus der Erwiderung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten E. Selleering durch Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Spätestens nach dieser Regierungserklärung wissen wir, dass der Ministerpräsident die Sprache der Reisekataloge gut beherrscht. Das mag bei Festveranstaltungen und Jubiläumsfeiern ankommen. Hier im Landtag erwarte ich von einer Regierungserklärung allerdings Tacheles.

Erstens: Mecklenburg-Vorpommern musste von 1990 bis 2014 einen Bevölkerungsrückgang von fast 340 000 Einwohnerinnen und Einwohnern hinnehmen. Damit hat sich die Bevölkerungszahl seit Gründung des Landes um über 17 Prozent verringert. Die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns verringert sich jedoch nicht nur, sie altert auch. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist bis Ende 2013 auf 14 Prozent zurückgegangen. Demgegenüber ist der Seniorenanteil auf über 22 Prozent gestiegen. Mecklenburg-Vorpommern war 1990 das Bundesland mit der jüngsten Bevölkerung, 25 Jahre später ist es das Land mit der ältesten Bevölkerung.

Zweitens: Die industrielle Basis ist nach wie vor schwach und die Exportleistung weiterhin gering. Im Jahr 2013 verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern ein negatives Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent und liegt damit deutlich hinter den Ostflächenländern zurück. Somit hat Mecklenburg-Vorpommern 2013 auch im Vergleich mit den anderen Ländern relativ an Wirtschaftskraft verloren. Die wirtschaftliche Entwicklung in 2013

hat die Lücke zwischen Ost und West wieder größer werden lassen und den Angleichungsprozess gedämpft. Der Landesrechnungshof stellt fest, dass die Angleichung der Wirtschaftskraft auch nach über zwei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung noch nicht erfolgt ist und seit etlichen Jahren stagniert.

Drittens: Mecklenburg-Vorpommern gehört leider nach 25 Jahren zu den Flächenländern, in denen die meisten Menschen von Hartz IV leben müssen. Nur im schwarz-rot-regierten Sachsen-Anhalt sieht es noch düsterer aus.



Im Juli dieses Jahres, also einem der beschäftigungsintensivsten Monate eines jeden Jahres zählte die Bundesagentur für Arbeit in M-V 553 300 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Am 30. Juni des Jahres 2000 waren es mehr als 590 000.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es die niedrigsten Löhne, die niedrigsten Renten, die höchste Armut.

Viertens: Der Landesteil Vorpommern fühlt sich nicht nur abgehängt, er ist in vielen Dingen tatsächlich abgehängt. Das

beginnt mit der verkehrlichen Anbindung. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ist nur halb so groß wie in Mecklenburg.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist geringer, das verfügbare Einkommen ist geringer, die Zahl der Arbeitslosen höher. In Vorpommern sterben die Menschen früher als in Mecklenburg.

Fünftens: In Mecklenburg-Vorpommern gibt es die meisten Schulabbrecher, die meisten Menschen ohne Schulabschluss.

Sechstens: Die Anbindung der Menschen an den Öffentlichen Personenverkehr ist im ländlichen Raum schlecht. Die Lage droht sogar noch schlechter zu werden.

Bei der Bahn sieht es noch schlimmer aus. Mecklenburg-Vorpommern droht auf Abstellgleis geschoben zu werden.

Auch diese Zahlen gehören zu 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern.

Heute lassen wir 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern Revue passieren: Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben allen Grund, stolz auf ihre Leistungen zu sein. Sie haben in den vergangenen 25 Jahren Großartiges geleistet, die positiven Entwicklungen sind vor

allem ihre Erfolge. Die Menschen lieben ihr Land, unsere Heimat. Das ist ein Pfund, mit dem sich wuchern lässt. Das ist das Fundament, auf dem sich weiter bauen lässt. Das gilt für die Regierung und die Opposition, und genauso gilt dies für alle Menschen, die sich für unser Land engagieren. Aber es ist auch Zeit. Es ist Zeit für Verhandlungen. Es ist Zeit für Entscheidungen.

Quelle: www.linksfraktionmv.de

Regine Lück zu Besuch auf der Fachtagung der LAG Jungen-Männer-Väter in Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Unter dem Titel „Mann.Macht.Krieg. Misstrauen in patriarchal hierarchisch geprägten Gesellschaftsformen“ beschäftigte sich die Tagung am 6. Oktober mit einem hochaktuellen Thema. Unterschiedliche, tradierte Verhaltensweisen der Geschlechter spielen eine große Rolle in den

unterschiedlichsten Bereichen unserer Gesellschaft.

Die zentrale Frage lautete, wie können sich Männer für Frieden und für eine Zukunft ohne kriegerische Gewalt einsetzen. Welche Rolle spielt ihre Sozialisation und das Geschlechterverhältnis in der Gesellschaft? Das betrifft Bereiche wie Erziehung (Stichwort: „Väterzeit“) und Miteinander in den Familien ebenso wie der Umgang mit Rollenbildern, die Jugendlichen durch

Medien und Computerspielen vorgegeben werden. Nicht nur bei der Jugend, auch bei der größer werdenden Gruppe der Älteren wird es Veränderungen im Verhalten geben. Hinsichtlich der Bereiche Gesundheit und Pflege werden bei ansteigender Lebenserwartung Pflegeaufgaben für Männer in Zukunft selbstverständlicher werden. Klar ist, nur in dem Miteinander kann eine Entmachtung patriarchaler, hierarchischer Gesellschaftsformen gelingen.



Vier ereignisreiche Tage: Ein Reisebericht

Unser Europa-Abgeordneter Helmut Scholz hat zum Besuch des Europaparlaments eingeladen und 36 Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei aus Greifswald, Rostock, Wismar und Schwerin haben sich, unter Führung von Karsten Kolbe, mit dem Bus auf den Weg nach Straßburg gemacht.

Nach einer Mammutfahrzeit von 16 Stunden kamen wir mit hohen Erwartungen und der Hoffnung auf erlebnisreiche Tage im Hotel in Offenburg an. Die Autobahnreise bot alles, was so während der Fahrt passieren kann. Stau wegen hohem Verkehrsaufkommen, Baustellen und Zwangsaufenthalte, weil der Ablösefahrer nicht ankommen konnte, aber auch wegen Krankheitsgeschehen eines Teilnehmers. Das hat bei uns natürlich Spuren hinterlassen.

Der erste Tag führte uns in das französische Colmar mit seiner wunderschönen historischen Altstadt, schmucken Fachwerkhäusern und regem Touristenverkehr. Herrlicher Sonnenschein, strahlend blauer Himmel und warmes Wetter ließen uns die Strapazen des Vortags bald vergessen. Eine Stadtführerin machte uns mit der Geschichte und Gegenwart des Ortes vertraut, und die sehr gut besuchten Straßencafés luden zum Verweilen ein.

Am Nachmittag besichtigten wir die Altstadt von Breisach. Der Höhepunkt des Tages war dann die Besichtigung des „Badischen Winzerkellers“. Der bemerkenswerte Einblick hinter die Kulissen eines Teiles der Badischen Weinproduktion war für uns Norddeutsche etwas völlig Unbekanntes. Eine Produktpalette von mehr als 1 Million Liter Wein in 500 Weinsorten, dabei die Verarbeitung der Trauben von rund 4500 angeschlossenen Winzern und Winzerfamilien war beeindruckend. Das Einzugsgebiet dieser 1952 geschaffenen Einrichtung der Winzergenossenschaften reicht dabei vom Bodensee im Süden bis Tauberfranken im Norden – also über neun Weinanbaugebiete. Die Einladung zur Ver-

kostung von fünf aus der Palette der 500 Weinsorten nahmen wir dankend an.

Zum Abschluss des Aufenthaltes im Winzerkeller interessierten wir uns natürlich für die Bedingungen im Betrieb. Das dargestellte Geschäftsmodell weckte unser Interesse. Unsere Fragen zu den Arbeitsbedingungen wurden sachlich und – so hoffen wir – der Realität entsprechend beantwortet. Demnach erhalten die Mitarbeiter übertariflichen Lohn, egal ob mit Festanstellung oder als saisonale Leiharbeiter aus den benachbarten französischen Orten. Leiharbeiter aus Frankreich, so wurden wir informiert, deshalb, weil es mit deutschen Leiharbeitern „leider negative Erfahrungen“ gegeben habe. Die Gründe dafür sollen in der hohen körperlichen Belastung in der Produktion liegen.

Mit vielen neuen Eindrücken und Erkenntnissen kehrten wir spät in unser Hotel zurück, voller Erwartungen für den nächsten Tag, der uns in das Europaparlament

monumentalen Bau. Im Innern ist das Parlamentsgebäude schmucklos, sachlich kühl und nüchtern. Strenge Einlasskontrollen, wie wir diese aus den Flughäfen kennen, machen deutlich, dass auf die Sicherheit sehr ernst und korrekt geachtet wird. Der unübersehbare Besucherstrom an diesem Tag setzte allen Planungen für den Ablauf unseres Aufenthaltes sehr enge Grenzen und stellte unseren Zeitplan völlig auf den Kopf. Nach der Begrüßung durch Helmut Scholz machte uns ein Mitarbeiter des Besucherdienstes mit der Arbeitsweise des Parlaments vertraut, mittels Videoübertragung konnten wir das Auftreten des französischen Staatspräsidenten und unserer Bundeskanzlerin zur gegenwärtigen Flüchtlingskrise verfolgen.

Helmut Scholz stellte sich danach den Reiseteilnehmern, beantwortete Fragen und machte deutlich, dass die sieben linken deutschen Parlamentarier eine sehr umfangreiche und vielschichtige Arbeit in den



Ausschüssen zu leisten haben. Genosse Scholz arbeitet zum Beispiel in den Ausschüssen „Internationaler Handel“, „für konstitutionelle Fragen“ und „für auswärtige Angelegenheiten“ mit und ist Mitglied in den Delegationen zu den Vereinigten Staaten und zu den Ländern Süda-

siens. Damit hat er naturgemäß ein gehöriges Pensum tagtäglich zu bewältigen.

An den Tagen der Parlamentssitzungen tagen dazu auch die Ausschüsse. Damit können die Ausschussmitglieder die Debatte nicht in allen Einzelheiten verfolgen. Nachdem wir von der nächsten Besuchergruppe förmlich aus dem Beratungsraum gedrängt wurden, gerieten wir auf einen völlig überfüllten Weg zum Besucherbereich. Also das erste obligatorische Gruppenfoto und dann Anstehen, um in den Plenarsaal zu gelangen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite unten

führen sollte. Der letzte Tag unserer Reise führte uns nach einstündiger Busfahrt nach Straßburg, der Stadt des Europäischen Parlaments.

Der Regen des Vortages von Breisach war einem warmen Herbsttag mit gefühlten 20 Grad und herrlichem Sonnenschein gewichen. Auf dem Plan stand eine zweistündige Stadtrundfahrt und Führung durch das Münster.

Straßburg ist eine imposante Stadt. Die Innenstadt wird von der Ill umschlossen, historische Villen im Stil vergangener Epochen und supermoderne Bauten, z.B. das Europäische Parlament, bestimmen das äußere Bild der Innenstadt.

Mit großen Erwartungen betraten wir den

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
7./8.11	10:00 Uhr	Landesparteitag, u.a. mit der Neuwahl des Landesvorstandes, Schiedskommission, etc.	Pasewalk	An der Kürassierkaserne 9
Do., 12.11.	18:30 Uhr	Sitzung Kreistagsfraktion	Bad Dob.	Kreishaus
Sa., 14.11.	16:00 Uhr	Grenzenlose Menschenkette: Solidarität mit den Flüchtlingen	Rostock	Neuer Markt
Sa., 14.11.	9-15 Uhr	LRO-Kreisparteitag: Neuwahl Kreisvorstand sowie Delegierte zum BPT	Reins- hagen	"Zur deutschen Eiche"
Do., 18.11.	18:30 Uhr	Tage des indigenen Films	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Sa., 28.11.	09:30 Uhr	Klausur Kreistagsfraktion	Friedrichshof	
Mo., 30.11.	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde Regine Lück, MdL, im Café des SBZ Totenwinkel	Rostock	Zum Lebensbaum 16
Do., 3.12.	19:00 Uhr	Mitgliederversammlung Stadtteilverband Mitte; Wahl Vorstand und Delegierte	Rostock	Geschäftsstelle
Di., 8.12.	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung für die Landtagswahlkreise 15 und 16	Güstrow	Bürgerhaus
Mi., 9.12.	16:30 Uhr	Sitzung des Kreistages		
Do., 10.12.	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung für die Landtagswahlkreise 11 und 12	Sanitz, Hof 1	Dorfgemeinschafts- haus

Morgens um 5 an der A 20

Zur Zeit pendeln 12 Prozent der Beschäftigten aus M-V zur Arbeit über die Landesgrenzen hinweg, vor allem in Richtung Westen. Den größten Anteil der Pendler stellt die Altersgruppe der 45- bis 55-Jährigen. Verwundern kann das nicht. Zu groß ist nach wie vor der Lohnabstand. Mit 24.915 € Jahresgehalt erreichen die Beschäftigten nur 79 Prozent des Bundesdurchschnittslohnes von 31.578 €. Wer eine gut dotierte Stelle und akzeptable Arbeitsbedingungen anderswo hat, pendelt folglich weiter. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, der mit Blick auf die Rente mehr als 10 € betragen muss. Gute Arbeitsbedingungen, betriebliche Gesundheitsförderung sowie gute, bezahlbare Kinderbetreuungsangebote müssen vorhanden sein, um Meck-

lenburg-Vorpommern als echte Alternative zum Pendlerdasein zu gestalten.

Am 13. Oktober 2015, um 05.00 Uhr fahren wir – Mitglieder des Kreisverbandes Landkreis Rostock – im Rahmen unserer Kampagne „Das muss drin sein!“ zum Pendlerparkplatz Bützow/Satow an der A 20, um mit Betroffenen ins Gespräch zu kommen sowie Frühstückstüten mit kleinen Snacks und unseren inhaltlichen Angeboten zu übergeben. Wir trafen Frauen und Männer verschiedener Berufsgruppen die unsere Angebote überwiegend dankbar entgegen nahmen.

Da an diesem Morgen der Andrang auf dem Parkplatz nicht so groß wie erhofft war, fahren wir anschließend noch zum Bahnhof nach Bützow, um weitere Gespräche zu führen und unsere restlichen Tüten an die Frau bzw. den Mann zu bringen.

Peter Hörnig

Fortsetzung von S. 14

Offensichtlich war die Planung der Besuchergruppen durch den Besucherdienst viel zu eng bemessen. Mit mehr als 40 Minuten Verspätung betraten wir die Besucherränge. Im Plenum saßen nur wenig Abgeordnete, die sich mit der Arbeit eines Ausschusses auseinandersetzten, auch mit Fragen und Antworten. Uns fiel besonders auf, dass ein Abgeordneter, nachdem er eine Frage gestellt hatte, den Saal verließ ohne die Antwort abzuwarten – eine Provokation? Bei einer geplanten Sitzungszeit des Parlaments von mehr als 15 Stunden, ohne Pause, zwar zu verstehen, aber offensichtliche Praxis.

Unsere Besuchszeit war dann gegen 18.00

Uhr beendet, wir traten die Rückfahrt zum Hotel an. Neben einer Gesamtfahrzeit von 29 Stunden waren zwei ereignisreiche und für die Teilnehmer lehr- und inhaltsreiche Tage nach der Rückfahrt gegen 21.00 Uhr in Rostock zu Ende. Unter den Teilnehmer, die sich für die Einladung von Helmut Scholz sowie die Arbeit von Karsten Kolbe zur Organisation und Leitung bedankten, herrschte übereinstimmend die Meinung, zwei erlebnisreiche und anstrengende Tage bewältigt zu haben. Deutlich wurde aber auch, dass wir dafür sorgen sollten, mehr als sieben Abgeordnete in das Parlament delegieren zu können, damit wir über eine starke linke Vertretung verfügen.

Willy Haag

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Wertegemeinschaft (von Jürgen Riedel)

Entwertetes Platin-Wort Demokratie
gemein zu Flüchtlingen oft in EU
statt schafft Lanze gegen Soziales

Fluch und Flucht (von Jürgen Riedel)

Fluch der Ungleichbehandlung
durch Bundespolitik
ostdeutsche Wirtschaftsflüchtlinge
die DM-kratie
verwechselten
wusch sie rein zu politischen Flüchtlingen
keine begriffliche Falschmünzerei
bei ausländischen Wirtschaftsflüchtlingen
können nicht ablenken
vom Kapitalimus-schmutz des eigenen Staats



Aus dem Landtag: Regine Lück berichtet über die Novellierung der Landesbauordnung

Wozu brauchen wir eine Landesbauordnung?

Alle Fragen, die das Bauen von Häusern bis zu ganzen Vierteln oder Städten oder ihre Veränderung von Nutzungen betreffen, wie sie sicher und geordnet errichtet werden, werden im Baurecht behandelt. Das deutsche Baurecht ist sehr umfangreich reguliert. Privates Baurecht wird weitgehend im Bürgerlichen Gesetzbuch behandelt, z.B. Nachbarschaftsrecht, während das öffentliche Baurecht sich in Städtebaurecht (Bauplanungsrecht) - was wird wo mit was zusammen und was nicht gebaut - und Bauordnungsrecht - wie wird es gebaut - aufteilt. Bauplanungsrecht geschieht auf Bundesebene durch das Baugesetzbuch, die Baunutzungsverordnung und auf Landesebene durch die jeweiligen Landesbauordnungen. Es gilt dabei das Prinzip der „Subsidiarität“, das allgemeinere Bundesgesetz wird erst unterstützend in



die Hand genommen, wenn die Landesregelungen nicht mehr ausreichend greifen. Landesbauordnungen enthalten Regelungen zum Baugenehmigungsverfahren bis zur Bauaufsicht wie auch zu Gestaltungsbestimmungen, also wie etwas aussehen kann und darf. In regelmäßigen Abständen werden die Gesetze durch aktuelle Entwicklungen im Baubereich, aber auch durch Einfluss von Interessengruppen, einer Novellierung unterzogen.

Worum ging es bei der aktuellen Novellierung?

Die Landesbauordnung in unserem Bundesland wurde in der Landtagssitzung vom 23.09.15 geändert. CDU und SPD wollten es beispielsweise künftig auch Handwerkern und Studienabsolventen erlauben, Bauanträge zu stellen (die sogenannte kleine Bauvorlagenberechtigung). Das durften bisher nur Architekten und Ingenieure mit einer Berufserfahrung von zwei Jahren. Das kritisierten wir. Wir wollten, dass Planung

und Ausführung eines Bauprojekts für einen guten Verbraucherschutz nach wie vor getrennt bleiben. Aber CDU und SPD haben sich besonnen und sind nun von diesem einen Änderungsvorhaben abgerückt. Natürlich möchten auch wir das Handwerk stärken, aber nicht zu Lasten der Freien Berufe. Jede Berufsgruppe ist gleich wichtig und jede hat besondere Kompetenzen. Die Stärke liegt in der Zusammenarbeit. Die berufsständigen Kammern sollten in diesem Sinne aufeinander zugehen.

Wir haben eine Vielzahl von Themen in die vorausgegangene Debatte eingebracht. Leider gelang es nicht, die Regierungsfractionen zu überzeugen, mit Änderungsanträgen meiner Fraktion die Landesbauordnung weiter zu qualifizieren. So ist etwa zu befürchten, dass die Vorschriften für mehr Barrierefreiheit ins Leere laufen, wenn deren Umsetzung im Baugenehmigungsverfahren nicht zu prüfen ist.

Wie lief die Arbeit zwischen Opposition und Regierung ab?

Über dreizehn Änderungsanträge im zuständigen Wirtschaftsausschuss versuchten wir die Novellierung in die richtige Richtung zu lenken. Bis zum 30.07.15 mussten diese Anträge eingegangen sein. Außer unsere, gab es keine anderen. Dann kam die böse Überraschung: Nach der Sommerpause im September tauchten drei Änderungsanträge der SPD/CDU auf, in denen drei wörtliche Übernahmen unserer zuvor abgelehnten Änderungsanträge standen. Im Wirtschaftsausschuss, der von der CDU geleitet wird, wurden dann diese drei Anträge vor den zeitlich früher eingegangenen Linksfraktion-Anträgen behandelt, obwohl sie nach Antragsschluss eingingen. Natürlich wurden unsere Anträge damit als hinfällig erachtet und abgelehnt. Im Nachgang brüstete sich die Regierung damit. Ein fairer Umgang mit der Opposition sieht anders aus.



Gewinner: Unser Genosse Kay Nadolny ist nun Mitglied der Rostocker Bürgerschaft. Viel Erfolg bei der Arbeit für die Rostocker Bürgerinnen und Bürger.

Verlierer: Holger Arppe, Rostocker AfD-Chef, musste für seine hetzerische und unappetitliche Rede auf der Demo am 17. Oktober teuer bezahlen. Sein Arbeitgeber hat ihn gefeuert.

Monatszitate

„Also wenn ich ganz ehrlich bin, ist das doch ein ziemlicher Luschenverein. Die wissen ja nicht mal, ob sie nur das Gegenüber zur CDU werden oder doch nur ein Anhängsel bleiben wollen. Also, ich würde mich aufregen, wenn ich in der SPD wäre.“ (Gregor Gysi über die SPD)

Monatszahl

Rund ein Viertel der 50- bis 64-Jährigen in M-V sind armutsgefährdet, gegenüber rund 15 % der heutigen Generation 65plus. Damit erreicht unser Bundesland den höchsten Wert in ganz Deutschland. Frauen und Migranten sind besonders gefährdet.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer sind die beiden Nachfolger Gregor Gysis?
2. Wann war der Tag der älteren Menschen?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.12.2015